

ÜBER UNS

Seit 2007 berät das „**Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus**“ Institutionen und Personen nach Vorkommnissen mit einem rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen oder sonstigem menschenfeindlichen Hintergrund und bietet eine breite Palette präventiver Hilfen an. Neben Schulen, Vereinen oder Eltern von rechtsextrem orientierten Jugendlichen fragen insbesondere Kommunen, die von Rechtsextremismus betroffen sind, das Beratungs- und Präventionsangebot verstärkt nach.

Unsere **Beraterinnen und Berater** mit Fach-/Hochschulabschluss oder vergleichbarer Qualifikation haben ausgewiesene Themenkenntnisse zu den Themen Rechtsextremismus, Demokratie und Menschenrechte, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung. Sie verfügen über spezifische Beratungskompetenzen wie systemische Beratung, Coaching oder Mediation.

Unsere Beraterinnen und Berater haben pädagogische Kompetenzen in der Bildungs- und Seminararbeit und in der Moderation von Gruppen. Sie bilden sich regelmäßig zu themenrelevanten Aspekten fort.

Dem Beratungsnetzwerk Hessen gehören zahlreiche staatliche, nichtstaatliche und kirchliche Institutionen, Organisationen, Vereine, öffentliche und freie Träger aus ganz Hessen an. Sie unterstützen als **Expertenpool** kompetent und zeitnah die Beraterinnen und Berater vor Ort. Zentrale Fach- und Anlaufstelle des Netzwerks ist das **Demokratiezentrum Hessen** an der Philipps-Universität Marburg.

beratungsNetzwerk
hessen

Gemeinsam für Demokratie
und gegen Rechtsextremismus



Bei Fragen und Anregungen zu unserem Angebot können Sie sich gerne jederzeit an uns wenden:

Demokratiezentrum Hessen
Wilhelm-Röpke-Str. 6 A, 35032 Marburg
Tel. 06421 - 28 21 110

E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de

Web: <https://beratungsnetzwerk-hessen.de/>

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

HESSEN



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

HESSEN
AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND
GEGEN EXTREMISMUS

V.i.S.d.P. © Demokratiezentrum Hessen, 2/2020

Gestaltung: heilmeyer und sernau, Berlin

Foto: photocase/complize



beratungsNetzwerk
hessen

Gemeinsam für Demokratie
und gegen Rechtsextremismus



Beleidigungen, Bedrohungen, Hass und Hetze

ANGRIFF AUF DIE LOKALEN SÄULEN DER DEMOKRATIE

Hilfe und Angebote für
KOMMUNALPOLITISCH
VERANTWORTLICHE



www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Hotline: 06421 - 28 21 110

Nachdem sich der Bürgermeister einer Gemeinde aktiv gegen menschenverachtende Äußerungen gegenüber Flüchtlingen positioniert hat, erhält er Drohschreiben mit rechtsextremen Botschaften.

Verwaltungsmitarbeiter*innen beklagen, im Kundenkontakt immer häufiger Beleidigungen und Anfeindungen ausgesetzt zu sein.

Der Frust von Bürger*innen über kommunalpolitische Entscheidungen entlädt sich verstärkt in Beleidigungen und Bedrohungen in sozialen Medien gegen kommunalpolitisch Aktive.

DIE SITUATION

Bürgermeister*innen und andere Kommunalpolitiker*innen übernehmen als Schlüsselakteure im Gemeinwesen mit viel Engagement Verantwortung. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für ein friedliches Miteinander und den Erhalt der Demokratie. Dafür gebührt ihnen Respekt, Anerkennung und Schutz! Das gilt auch für die vielen Mitarbeiter*innen in den Verwaltungen.

Doch immer häufiger sind kommunalpolitische Verantwortliche Anfeindungen und Beleidigungen, Einschüchterungen, Bedrohungen oder respektlosem und aggressivem Verhalten bis hin zu unmittelbarer Gewalt ausgesetzt.

Dabei muss uns bewusst sein: Angriffe gegen kommunalpolitische Mandats-, Amts- und Verantwortungsträger*innen betreffen nicht nur die einzelne Person und ihre Angehörigen, sondern sie sind zugleich auch Angriffe auf unsere demokratische Kultur und die rechtsstaatliche Ordnung, die sie vertreten.

DIE FOLGEN

Bedrohungen und Anfeindungen gegenüber lokal verantwortlichen Personen können ...

... die Ausübung des demokratischen Amtes erheblich erschweren, lähmen oder sogar zu dessen Aufgabe führen,

... auch auf andere Verantwortungsträger*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen eine verunsichernde Wirkung haben,

... und allgemein zu einer Einschränkung des persönlichen Wohlbefindens und des Sicherheitsempfindens vor Ort führen.

UNSERE ANGEBOTE

Das *Beratungsnetzwerk Hessen* berät und begleitet kommunalpolitisch Verantwortliche im Umgang mit Anfeindungen und Bedrohungen – als Person, als Amtsträger*in und als Führungskraft. Es hilft in akuten Fällen wie auch präventiv, z. B. beim Aufbau von geeigneten Strukturen und Handlungsstrategien zur Verteidigung und Stärkung unserer Demokratie vor Ort. Es bietet dazu professionelle Unterstützung und Fortbildungsangebote (Schulungen, Workshops, Vorträge etc.) an.

Konkret beraten, begleiten und unterstützen wir Sie bei:

- der Analyse und Einschätzung der vorliegenden Lage sowie der Entwicklung von geeigneten Handlungskonzepten,
- der Kommunikation mit Mitarbeiter*innen, Ehrenamtlichen, Bürger*innen und im persönlichen Umfeld,
- der Entwicklung von Solidarisierungsprozessen im Gemeinwesen vor Ort,
- der Entwicklung und Durchführung von Fortbildungsformaten für Verwaltungsmitarbeiter*innen und Ehrenamtliche.

ebenso bei:

- der Konzeption und Durchführung von Dialogforen für eine konstruktive Auseinandersetzung mit vor Ort relevanten Problemen und Themen,
- der Entwicklung und Durchführung von Fortbildungsformaten zur Stärkung der demokratischen Kultur im Gemeinwesen.

Dieses Angebot führen wir in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden in Hessen durch, insbesondere mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund, sowie mit dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport (HMdIS).

